Stand: 25.04.2024 16:37:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15077

"Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/15077 vom 05.12.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15974 des SO vom 07.02.2013
3. Beschluss des Plenums 16/16367 vom 11.04.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 11.04.2013

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15077**
05.12.2012

Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Angelika Weikert, Christa Steiger, Dr. Linus Förster, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen, die folgende Punkte umfasst:

- Anhebung des Leistungssatzes für Asylbewerber auf das Niveau eines menschenwürdigen Existenzminimums;
- Ablösung des Sachleistungsprinzips;
- Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird dadurch erleichtert, in dem die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung die Regel wird;
- Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket für Flüchtlingskinder;
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung, vor allem bei der psychologischen Behandlung, für Asylbewerber und ihre Kinder;
- Abkehr von der Unterbringung in Sammelunterkünften als Regelfall;
- Integration von Flüchtlingen mit einer Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen in die sozialen Regelsysteme;
- Beschränkung der Geltungsdauer auf zwölf Monate; danach muss der Übergang in die sozialen Regelsysteme erfolgen;
- Ebenso wird die Abschaffung der Residenzpflicht unterstützt.

Begründung:

Die Leistungen nach §§ 3 bis 7 des Asylbewerberleistungsgesetzes liegen zwischen 40 und 65 Prozent unterhalb der Regelsätze nach SGB II/SGB XII. In seinem Urteil vom 18. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht diese Einschränkung des vom Staat zu gewährenden Existenzminimums für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber zu einer Neufestsetzung der Leistungssätze aufgefordert. Bisher liegt kein entsprechender Novellierungsvorschlag seitens der Bundesregierung vor.

Das Sachleistungsprinzip ist im Asylbewerberleistungsgesetz durch das Geldleistungsprinzip als Regelfall zu ersetzen, da Sachleistungen das Recht auf Selbstbestimmung von Flüchtlingen beeinträchtigen. Eine solche Bevormundung ist weder menschenwürdig noch kultursensibel. Zudem ist mit der Ausgabe von Essens- und Hygienepaketen ein enormer Verwaltungsaufwand verbunden, aus dem unnötige Kosten für die öffentliche Hand entstehen.

Es ist nicht einzusehen, warum Asylsuchenden nach § 61 des Asylverfahrensgesetzes für einen Zeitraum von einem Jahr die Möglichkeit verwehrt wird, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Denn die Möglichkeit, sich seinen Lebensunterhalt selbständig verdienen zu können, ist unabdingbarer Bestandteil eines menschenwürdigen Lebens. Der auf EU-Ebene ausgehandelte Kompromiss einer verkürzten Geltungsdauer des Arbeitsverbots von neun Monaten ist nicht weitreichend genug. Daher sollte das Arbeitsverbot nur für die Dauer des Erstaufnahmeverfahrens gelten, das maximal drei Monate andauert.

Die Ausgrenzung von Flüchtlingskindern ist nicht zu akzeptieren. Deshalb ist auch ihnen ein Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket zu gewähren.

Die Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden und ihren Kindern ist als defizitär einzustufen. Insbesondere bedarf dieser Personenkreis häufig einer besseren psychologischen Betreuung, um Traumata zu verarbeiten. Mit dem Arbeitsverbot ist auch verbunden, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber zunächst keinen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung erhalten.

Die Praxis der meist mit menschenunwürdigen Bedingungen verbundenen Unterbringung in Sammelunterkünften ist auf ein Minimum einzuschränken. Stattdessen sollten die Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung sowie einer Unterbringung in Wohnungen ausgeweitet werden.

Schließlich muss dem Übergangscharakter des Asylbewerberleistungsgesetzes mehr Rechnung getragen werden, indem die Geltungsdauer von 48 auf 12 Monate reduziert wird. Nach Ablauf dieses Zeitraums muss ein Übergang in die sozialen Regelsysteme erfolgen, sofern die Betroffenen nicht in der Lage sind, selbständig für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Darüber hinaus muss der Sonderstatus von Flüchtligen aus humanitären Gründen dazu führen, dass diese sofort in die sozialen Regelsysteme integriert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15974**
07.02.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann,
Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 16/**15077**

Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 7. Februar 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**16367**
11.04.2013

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Angelika Weikert, Christa Steiger, Dr. Linus Förster, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**15077**, 16/**15974**

Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer eins, über die ohne Aussprache einzeln abgestimmt werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Initiierung einer Gesetzesinitiative zum Schutz von Hinweisgebern „Whistleblowern“ auf Bundesebene
Drs. 16/13471, 16/16218 (A) [X]

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Runge, Margarete Bause, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ladenschluss und Tankstellenverkauf - für Rechtssicherheit sorgen statt Rechtsbruch zu provozieren
Drs. 16/14209, 16/16059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU	**SPD**	**FREIE WÄHLER**	**GRÜ**	**FDP**
A	Z	ENTH	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes
Drs. 16/15077, 16/15974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU	**SPD**	**FREIE WÄHLER**	**GRÜ**	**FDP**
A	Z	Z	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar,
Markus Rinderspacher SPD
Berichtsantrag zur Einrichtung des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V
Drs. 16/15218, 16/15967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Ludwig Wörner, Annette Karl u.a. SPD
Uran in Düngemitteln, Schutz der landwirtschaftlichen Flächen
Drs. 16/15217, 16/15966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klarheit über die nationale Biodiversitätsstrategie
Drs. 16/15224, 16/15968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenz bezüglich Versorgung mit Grippeimpfstoff!
Drs. 16/15260, 16/15969 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Markus Blume,
Dr. Florian Herrmann u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Zukunft der Förderung von Wasserver- und Abwasserentsorgung
Drs. 16/15268, 16/15970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Karin Pranghofer u.a. SPD
Keine Klasse über 15 - Schülerzahl in Übergangsklassen begrenzen
Drs. 16/15353, 16/16072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Karin Pranghofer, Margit Wild u.a. SPD
Lehrerzuweisung an die Übergangsklassen
Drs. 16/15354, 16/16073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Kathrin Sonnenholzner, Angelika Weikert u.a. SPD
Bericht über die Situation an Schulen für Kranke in Bayern
Drs. 16/15356, 16/16074 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Karin Pranghofer u.a. SPD
Übergangsklassen als gebundene Ganztagsschulen einrichten
Drs. 16/15357, 16/16075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Harald Schneider u.a. SPD
Schmuggel mittels Kleinflugzeugen
Drs. 16/15486, 16/16058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Netzausbau in der Energiewende beschleunigen - Übertragungsnetze in öffentliche Trägerschaft
Drs. 16/15455, 16/15948 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	**SPD**	**FREIE WÄHLER**	**GRÜ**	**FDP**
A	Z	Z	Z	A

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau der Übergangsklassen in Bayern
Drs. 16/15558, 16/16076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	**SPD**	**FREIE WÄHLER**	**GRÜ**	**FDP**
A	Z	Z	Z	A

16. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u.a. SPD
Fortzahlung des Arbeitsentgelts beim Reservistendienst („Wehrübungen“)
Drs. 16/15519, 16/16030

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der den Antrag für erledigt erklärt hat